LW diffamiert Dom Helder Camara

Am 7. Februar 1989 wurde der brasilianische Erzbischof Dom Helder Camara von Recife 80 Jahre alt. Das LW war sich bei dieser Gelegenheit nicht zu schade, den Beitrag eines gewissen Franz Fegeler zu veröffentlichen (LW, 4.2.1989), in dem der angesehene Profet einer armen Kirche mit Begriffen bedacht wurde, die seine Persönlichkeit nicht nur nicht treffen, sondern sein Wirken auch noch diffamieren. Schon gleich der erste Satz muß Camara schockieren, wird er doch als "Kirchenfürst" bezeichnet, er, der als erster Bischof seinen Palast aufgab, um im Nebenraum seiner Kirche als Armer unter den Ärmsten zu leben. 20 Jahre lang durfte der Name (geschweige denn die Reden und Predigten) des schmächtigen, kleinen Mannes in der abgetragenen Soutane wegen seiner offenen Solidarität mit den ausgebeuteten Landarbeitern aus dem Nordosten Brasiliens nicht in der brasilianischen Presse genannt werden. Mehrere seiner Mitarbeiter wurden ermordet, er selbst erhielt Morddrohungen, kein Papst belohnte sein Wirken mit dem Kardinalshut, Johannes Paul II. ernannte einen erzkonservativen Nachfolger. Und doch bringt der LW-Autor es fertig, zu schreiben, Camara habe "sich wortgewaltig in Szene zu setzen" gewußt und habe "seine Popularität durchaus genossen". Auch der Versuch, einen Keil zwischen Camara und die in Lateinamerika "virulente Theologie der Befreiung" (als sei es eine Krankheit ...) zu treiben, indem Camara mit einer Absage an die Gewalt zitiert wird, mit der er sich von ersterer distanziert habe, muß mißlingen, wenn man weiß, daß Camara zu den direkten Vorbereitern der Konferenz von Medellin (1968) gehörte, die nicht nur den Aufbruch der lateinamerikanischen Kirche sah, sondern auch die erste bischöfliche Anerkennung einer vom Volk ausgehenden Theologie der Befreiung. Nicht zuletzt in seiner Predigt in der Geburtstagsmesse am 3.2.1988 in Recife bekräftigte Camara seine Nähe zur Befreiungstheologie.

Wenn der LW-Autor schließlich die Gelegenheit nicht verpaßt, die Unterstellung zu wiederholen, diese Theologie glaube "fälschlicherweise durch einen Schulterschluß zwischen revolutionär eingestellten Katholiken und Marxisten mit Gewalt die Verhältnisse verändern zu können", macht er sich möglicherweise mitschuldig am gewaltsamen Tod lateinamerikanischer Christen. Jüngst hat Siegfried Pater in "Publik-Forum" (Nr. 2/27.1.1989) darauf hingewiesen, daß die auch noch in der römischen Kirchenzentrale, vor allem aber von gewissen rechtslastigen, katholischen Publizisten geäußerte Behauptung einer marxistischen Unterwanderung der Befreiungstheologie in Lateinamerika tödliche Folgen haben kann. Todesschwadrone, Großgrundbesitzer und Militärmachthaber werten solche Aussagen nämlich als Beweis, daß es sich bei den christlich inspirierten Gemeinschaften von Landarbeitern und ähnlichen Gruppen um kommunistisch gesteuerte, subversive Kräfte handelt, deren Ausrottung mittels "Pistoleiros" gestattet sei. Camara ist und bleibt für engagierte Christen eine Hoffnung. m.p.

DON CAMILLO

Camille Perl, der Sekretär der römischen Traditionalistenkommission, die für die Betreuung der Traditionalisten, die weiterhin in der katholischen Kirche bleiben und den Schritt Monseigneur Lefebvres nicht mitvollziehen wollen, zuständig ist, hat sein großes Verständnis für diese seine konservativen Mitbrüder wiederum geäußert. Man müsse sich der "Vielfalt der Charismen wie auch der Traditionen von Spiritualität und Apostolat" in der Kirche bewußt sein. Der Umgang mit ihnen sei ein "Testfall dafür, wie einmal die orthodoxen

DOKUMENTATION

Rushdie an Gandhi

Nach dem Verbot seines Buches in Indien schrieb Rushdie: „Erst lesen, dann verurteilen!"

Lieber Rajiv Gandhi,

am 5. Oktober hat das indische Finanzministerium meinen Roman *The Stanic Verses* verboten — gemäß Artikel elf des Zollgesetzes. Viele Menschen rund um die Welt werden sich wundern, daß es das Finanzministerium ist, das zu entscheiden hat, was die indischen Leser lesen dürfen und was nicht. Doch vergessen wir das [...]

Das Buch wurde verboten, nachdem zwei oder drei Muslims vorstellig geworden waren, darunter Syed Shahabuddin und Khurshid Alam Khan, beide Parlamentsabgeordnete. Diese Personen, die Extremisten, ja Fundamentalsten zu nennen ich nicht zögere, haben mich und meinen Roman angegriffen und zugleich gesagt, sie bräuchten es wirklich nicht zu lesen. Daß die Regierung solchen Figuren nachgegeben haben soll, ist erschütternd [...]

Ebenso wie meine eifernden Opponenten werden Sie wahrscheinlich *Die Santanischen Verse* nicht gelesen haben. Deshalb lassen Sie mich ein paar einfache Dinge erklären. Ich werde beschuldigt, „zugegeben" zu haben, daß das Buch ein direkter Angriff auf den Islam ist. So etwas habe ich nicht zugegeben und bestreite dies auch energisch. Im fraglichen Teil des Buches (und lassen Sie uns daran denken, daß das Buch eigentlich nicht vom Islam handelt, sondern von Metamorphose, vom gespaltenen Selbst, Liebe, Tod, London und Bombay) geht es um einen Propheten — der nicht Mohammed heißt —, der in einer höchst phantastischen Stadt lebt, die aus Sand gebaut ist (sie löst sich auf, wenn Wasser auf die fällt).

Er ist von fiktiven Anhängern umgeben, von denen einer zufällig meinen Vornamen trägt. Darüber hinaus spielt diese gesamte sequenz in einem Traum — dem fiktiven Traum eines fiktiven Charakters, eines indischen Filmstars, und zwar eines, der dabei ist, seinen Verstand zu verlieren.. Wie könnte man sich denn noch weiter von der Geschichte entfernen?

In dieser Traumsequenz habe ich versucht, meine Sicht des Phänomens der Offenbarung und der Geburt einer großen Weltreligion darzustellen; meine Sicht ist die eines säkularen Menschen, für den die islamische Kultur sein ganzes Leben lang von zentraler Bedeutung gewesen ist.

Kann das Finanzministerium wirklich bestimmen, daß es im modernen, angeblich säkularen Indien der Literatur nicht erlaubt ist, solche Themen zu behandeln? [...]

Sie wissen so gut wie ich, daß es eigentlich um die muslimischen Wähler geht. Ich bedauere zutiefst, daß mein Buch als politischer Fußball gebraucht wird [...] Ich stelle Ihnen die Frage: Was für ein Indien wünschen Sie zu regieren? Wird es eine offene oder eine repressive Gesellschaft sein? [...]

TAZ 21.2.1989

Christen von uns aufgenommen werden" sollten (L'Osservatore Romano, deutsche Ausgabe 13.1.1989). Die in diesem Zitat und in der ganzen vatikanischen Politik zum Ausdruck kommende Nachsicht für die konservativen Abweichler und Konzilsverweigerer ist vielen progressiven Kräften innerhalb des Kirchenvolkes und der Hierarchie ein Dorn im Auge, sind sie doch ein solches Verständnis für ihre progressiven Thesen nicht gewohnt. Die Zuvorkommenheit mit denen Traditionalisten wieder eingegliedert werden (z.B. eigene Priesterbruderschaften, die von der Ortskirche unabhängig sind), läßt für sie die Befürchtung aufkommen, daß mit römischer Billigung eine Art **Parallelkirche** innerhalb der katholischen Kirche, mit eigener Liturgie und eigener Lehre, entsteht.

Aber auch hier ist Monsignore Perl wieder zur Stelle, um die Zweifler zurechtzuweisen: so erklärte er gegenüber der US-amerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NC-News (15.12.1988): für einige Bischöfe sei es nicht leicht, den Vorstellungen des Papstes (in Sachen Traditionalisten) zu folgen, aber es sei auch Aufgabe seiner Kommission, den "Bischöfen zu helfen, damit sie verstehen".

Verständnis für Fans der Tridentinischen Liturgie, Nachhilfeunterricht für uneinsichtige Bischöfe: Don Camillo kämpft weiter. Man sieht: Einem zukünftigen Luxemburger Bischoff Camille Perl würde es sicher nicht schwerfallen, den Ansichten eines Papstes Woytila zu folgen.

ff

Zitate aus Herder Korrespondenz

ERZIEHUNGSMINISTER SCHALTET PARLAMENT AUS

"forum"-Leser erinnern sich wahrscheinlich noch an die massiven Kritiken, die das erste Reformprojekt von Erziehungsminister F. Boden (CSV) für den technischen Sekundarunterricht (EST) ausgelöst hatte (vgl. "forum" Nr. 102/1988, S. 16/41f., Nr. 103, S. 60). Aus dieser Erfahrung hat der Minister gelernt: Aus dem nunmehr in der Abgeordnetenkammer deponierten und den betroffenen Lehrerkonferenzen zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesprojekt sind sozusagen alle umstrittenen Punkte verschwunden. Wie der EST allerdings in Zukunft aussehen soll, geht aus dem als "Kadergesetz" verkauften Projekt auch nicht hervor. Nicht weniger als rund 60 "règlements grand-ducaux" und "arrêtés ministériels" bleibt die Regelung so entscheidender Fragen überlassen wie etwa: welche Fächer werden in welcher Klasse gelehrt? welche Sektionen soll es geben? wieviel Wochenstunden hat welches Fach zugute? welche Examen muß ein Schüler machen? welche Promotionskriterien ist er unterworfen? welche Rechte hat die Lehrerkonferenz? usw. Es mag stimmen, daß einige dieser Fragen flexibler als durch ein Gesetz geregelt werden sollten, doch das vorgesehene Gerüst ist so schwammig, daß in Zukunft der Abgeordnetenkammer nie mehr ein Gesetz über den EST vorgelegt zu werden braucht, da auf Grund dieses Gesetzes in der Praxis alle Ausführungsmöglichkeiten offenstehen. Es bleibt nur zu hoffen, daß der Koalitionspartner und die Oppositionsparteien sich nicht der Hoffnung hingeben, den nächsten Unterrichtsminister zu stellen, der dann ebenfalls von den hier vorgesehenen Vollmachten profitieren dürfte. Zufrieden dürften nur die Handels- und die Handwerkerkammer sein: Hatten sie gegen das erste Projekt erhebliche Einwände erhoben, so werden sie im neuen Text eingeladen, in eine ganze Serie von Kommissionen ihre Vertreter zu entsenden, die dann die Schulpolitik unter Ausschluß parlamentarischer Kontrolle gestalten werden. m.p.

BHOPAL

La Cour suprême indienne a condamné, le 14 février, la compagnie américaine UNION CARBIDE à payer 470 millions de dollars en compensation aux victimes de la catastrophe de Bhopal en 1984, qui a tué à ce jour plus de trois mille trois cents personnes. Après que les tribunaux américains s'étaient déclarés incompétents le procès a été transféré en Inde où la Compagnie incriminée a trouvé un juge très clément. En effet les représentants des victimes estimaient les dédommagements à 2,4 milliards de dollars. Le géant chimique sort donc à très bon marché d'un procès qui aurait pu le ruiner et en même temps le tribunal de New-Delhi crée une jurisprudence internationale en matière de responsabilité civile lors de catastrophes industrielles très favorables aux entreprises.

Rappelons que le titre de la UNION CARBIDE affiche actuellement un cours deux fois et demi plus élevé qu'après l'accident. En 1988 son profit net a triplé par rapport à l'année précédente, atteignant 720 millions de dollars. ff,

Le Monde 16.2.89

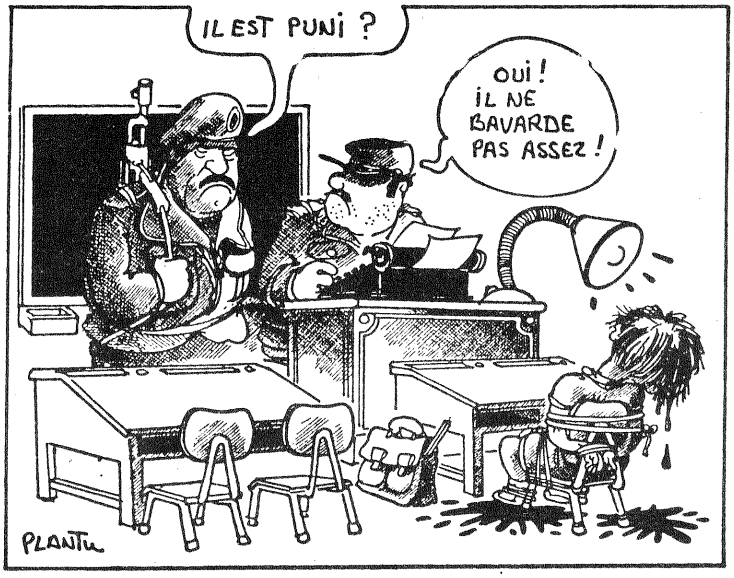
KULTURELLER SENDER NOTWENDIGER DENN JE

"Kommerzielle Überlegungen stehen nie im Vordergrund bei Entscheidungen, die das Luxemburger Programm betreffen. ... Man kann nicht sagen, daß die Geschäftsleute den geringsten Druck auf uns ausüben," hatte RTL-92,5-Chefredakteur Roby Rauchs im "forum"-Dossier Nr. 75-76/1984 gesagt. Schon damals war gewußt, daß die ULC keine Namen nennen und keine vergleichende Preisanalyse über die UKW-Antenne machen darf. Die Konsumentenschutzorganisation mußte nunmehr erfahren, daß auch RTL-kritische Äußerungen auf der Antenne verboten sind. Da eine ULC-Mitarbeiterin es am 9.12.1988 gewagt hatte, die Abwesenheit von RTL bei einer internationalen Pressekonferenz zu bedauern, untersagte ihr der beigeordnete Chefredakteur Max Küborn, weiterhin die beliebte Sendung "d'Aen op oder de Beidel" live aus dem Studio zu moderieren. In einem Kommentar ließ die Redaktion von "de Konsument" (1/1989) verlauten, daß es seit längerem Meinungsverschiedenheiten mit der RTL-Redaktion gab, nicht zuletzt wegen der immer ungünstigeren Sendezeit oder weil wichtige Ereignisse aus dem Bereich des Konsumenten-

TAZ

La torture dénoncée par Amnesty international

Enfants martyrs en Irak



schutzes nicht in den RTL-Nachrichtensendungen beachtet wurden. Der gleiche Vorwurf geht an die Adresse des "Hei elei". Für die ULC ist aber "nun endlich klar, daß die Deontologie von RTL dort aufhört, wo die Werbung aufhört". Um so entschiedener fordert sie - nicht erst seit Dezember - einen von der Werbung unabhängigen Nationalsender.

Angesichts dieser Tatsachen, die ja keineswegs nur die UCL treffen - über Mißachtung ihrer Tätigkeit durch die RTL-Redaktion können zahlreiche andere Vereinigungen klagen, von den "Grün-Alternativen" bis zur "forum"-Redaktion -, ist es um so unverständlicher, daß die Staatsbeamtengewerkschaft (CGFP) gegen einen zweiten nationalen Sender ins Feld zieht: "... insgesamt gesehen, hat RTL gute Arbeit geleistet," heißt es in einem nicht unterzeichneten Beitrag in "Fonction Publique" no. 100/déc. 1988. "Die CGFP sieht keinen sachlichen Grund zu einem für unsere Verhältnisse total überflüssigen, dazu unlauteren Konkurrenzkampf zwischen Staat und RTL." Kommt diese Blindheit daher, daß der CGFP-Präsident zu den RTL-Chronisten gehört oder hat noch kein CGFP-Verantwortlicher das RTL-Dossier von 1984 gelesen? (Es sind noch Exemplare erhältlich.) Das für März angekündigte Weißbuch über einen nationalen Kultursender wird ihnen hoffentlich die Augen (und Ohren!) öffnen. m.p.

NAMIBIE: de la spoliation vers la richesse?

La prochaine indépendance de la Namibie risque de chagriner certaines compagnies et certains Etats qui depuis des années exploitent impunément les mines et les eaux côtières de ce territoire en violation des décrets votés par l'Assemblée Générale des Nations-Unies en 1974 pour protéger les richesses de la Namibie.

Selon la Commission Internationale de la Pêche dans l'Atlantique du Sud-Est figurent parmi les prédateurs des eaux namibiennes, en 1986, l'URSS, avec 454921 tonnes de poisson (38,8% du total), suivie de l'Afrique du Sud (221000 t), de l'Espagne (188000 t), de la Roumanie (108000 t), de l'Allemagne de l'Est (53000 t), de la Bulgarie (48000 t) et du Portugal (36000 t). Quant aux principales compagnies impliquées dans le pillage des richesses minières - essentiellement de l'uranium -, elles ont été identifiées par le Conseil des Nations-Unies pour la Namibie. Ainsi on trouve parmi les actionnaires de la mine de Rössing la société britannique Rio Tinto Zinc, les compagnies sud-africaines Gencor et Industrial Development Corporation, l'Urangesellschaft (RFA) et une filiale de Total, Minatome (F).

Ces opérations d'extraction et de vente (à des compagnies d'électricité du Japon et d'Espagne) se font selon le Conseil sans l'avis du peuple namibien et sans qu'il touche la moindre dividende. S'il est irréaliste d'espérer une quelconque réparation pour le tort déjà causé, les droits de pêche et l'imposition sur les activités minières devraient bientôt procurer de coquettes recettes aux autorités qui seront mis en place dès que la Namibie sera indépendante, à condition que les prédateurs actuels acceptent de continuer leurs activités en payant.

Croissance des Jeunes Nations, 313/févr. 1989

"forum"-PLANUNG

Folgende Dossierthemen sind für das Jahr 1989 in Planung:

Nr. 111: **150 Jahre Luxemburg und seine Ausländer** (Redaktionsschluß: 26.3.1989; Erscheinungstermin: 24.4.1989)

Nr. 112: **Das vergessene Jubiläum: 1918-19**, ein Jahr weitreichender Entscheidungen (1.5./29.5.1989)

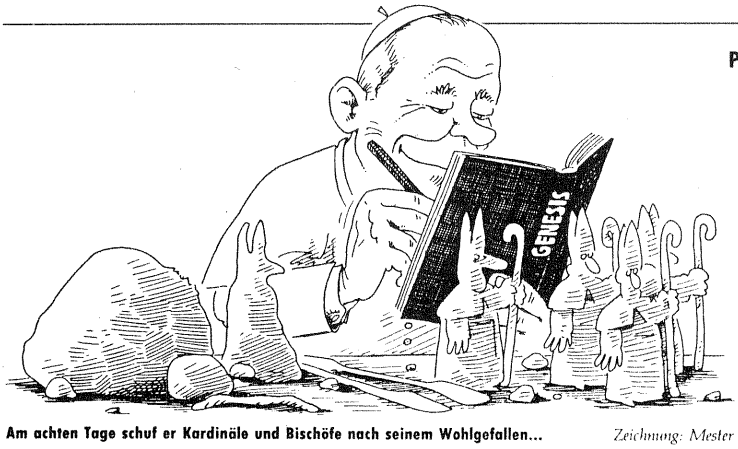
Nr. 113: **Wahlkommentare** (5.6./3.7. 1989)

Nr. 114: (1.9./25.9.1989)

Nr. 115: **Die Luxemburger - ein Mittelschichtenvolk** (9.10./6.11.1989)

Nr. 116: **Selbstmord** S(20.11./18.12. 1989)

Änderungen aus Aktualitätsgründen bleiben vorbehalten. Mitarbeiter sind jederzeit willkommen und mögen sich



Publik-Forum

Am achten Tage schuf er Kardinäle und Bischöfe nach seinem Wohlgefallen... *Zeichnung: Mester*

über Tel. 438916 über Vorbereitungsversammlungen informieren.

Kein Grund zum Stolz sein

"Europa-Rechts", so heißt eine regelmäßige Rubrik in der rechtsradikalen Monatsschrift **"Nation Europa"**. Dort wird regelmäßig über alle neo-faschistischen und rechts-radikalen Bewegungen Europas berichtet. In der November/Dezember Nummmer 1989 hatte Luxemburg die zweifelhafte Ehre, dort erwähnt zu werden, zusammen mit dem französischen Front National, dem Vlaamse Blok, der Schweizer Nationalen Aktion für Volk und Heimat und anderen. Wir dokumentieren diesen Artikel nebenstehend mit einigen Anzeigen aus derselben Nummer der Zeitschrift, die nicht davor zurückschreckt, die Existenz der Gaskammern in Frage zu stellen.

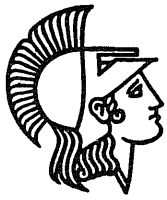
ff

Prof. Binswanger verlangt EWUG

In einem - ansonsten enttäuschenden - Vortrag zum 20. Jubiläum des "Mouvement Ecologique" forderte der Schweizer Volkswirtschaftler Prof. Binswanger eine Revision der römischen Verträge in Sinne einer "Europäischen Wirtschafts- und Umweltgemeinschaft" (EWUG). Dem Ziel, den Lebenstandard zu steigern, sei das Ziel, die Lebensqualität zu verbessern gleichwertig an die Seite zu stellen.

An wirstschaftspolitischen Ma$nahmen zur Erreichung dieses Ziels nannte der Redner aber nur eine: die Berücksichtigung der Umweltbelastung im Preissystem. Derzeit können Preise nur von Eigentümern einer Ware verlangt werden. Da aber Umweltgüter wie saubere Luft, Ruhe, schöne Landschaft,... keine Privatgüter seien, oder nur ihre Nutzung vermarktbar sei wie etwa beim Wald, Boden, Wasser... gehe ihre Belastung nicht ins Preisgefüge ein. Binswanger forderte daher Umweltabgaben auf Emissionen, Abfällen usw., die die Naturgüter belasten, um so jene Waren relativ zu verteuern, die ökologisch schädlich sind und umweltschonende Güter entsprechend zu verbilligen. Als erstes meinte er, sei die Mehrwersteuer z.B. durch eine Energieverbrauchssteuer zu ersetzen, um energiesparende Arbeitsweisen zu fördern.

m.p.



NATION EUROPA

MONATSSCHRIFT IM DIENST DER EUROPÄISCHEN ERNEUERUNG

mit vierteljährlichem Beiheft „DAS POLITISCHE BUCH"

Luxemburg

Bei den zeitgleich zu den Europawahlen stattfindenden Parlamentswahlen verspricht sich die 1985 gegründete *Nationalbewegong* Sitze im Landtag des Großherzogtums. Zu den Parlaments- und Europawahlen tritt die neue Partei unter dem Namen *Nationalbewegong Lëtzebuerg de Lëtzebuerger!* an. Sie wird dabei von einer Vielzahl von Organisationen ohne Parteicharakter unterstützt, wobei die Unterstützung von Heimat- und Sprachvereinen, über Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen die Überfremdung bis zu Vereinigungen der Widerstandskämpfer und der Zwangsrekrutierten reicht.

Bei einem Ausländeranteil von 30 % an der Wohnbevölkerung und 45 % bei der aktiven Bevölkerung ist es verständlich, daß sich bei den Luxemburgern Unmut über die etablierten Politiker breitmacht. Die Überfremdung ist in Luxemburg auch noch mit der Gefahr einer schleichenden Französisierung verbunden. Da die größte Gruppe der Gastarbeiter aus romanisch-sprachigen Ländern stammt — Italiener, Portugiesen und in deren Gefolge seit neuestem auch Kapverder und Angolaner — ziehen es diese vor, das für sie leichter zu erlernende Französisch zu sprechen, statt Letzeburgisch, das laut Verfassung die erste Staatssprache ist. Die Integrationsbefürworter haben bereits damit angefangen, zu fordern, daß die Kinder in den Schulen Französisch als erste Fremdsprache lernen sollten und nicht mehr wie bisher Hochdeutsch. Auf diese Weise soll den Zuwanderern die Eingliederung erleichtert werden.

Die *Nationalbewegong* fordert hingegen eine zügige Rückführung der Ausländer in ihre Herkunftsländer. Arbeitsplätze, die tatsächlich nicht durch Einheimische besetzt werden können, sollen mit Arbeitslosen aus dem außerhalb des Staatsgebietes liegenden moselfränkischen Sprachgebietes — Ostlothringen, Arel, St. Vith und das westdeutsche Grenzgebiet — besetzt werden. Auch vertritt man die Ansicht, daß ein Wirtschaftswachstum, das die Anwerbung einer großen Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern notwendig macht, nicht wünschenswert ist. Umweltschutz und Identitätsbewahrung rangieren vor den Profitinteressen des Kapitals. Eine besondere Gefahr für die moselfränkische Identität sieht man auch in der EG, deren Gleichmacherei für die kleinen Völker Europas besonders gefährlich ist. Um den Ausländern zu zeigen, daß man ihnen nichts Böses will und daß es auch um ihre Identität geht, wurde eine dreisprachige Broschüre an alle ausländischen Haushalte verteilt, in der die Ziele der Partei vorgestellt werden.

W. B.

SOLIDARITÄT

mit
WEISS-AFRIKA
Hilfskomitee Südliches Afrika
D-8630 Coburg Postfach 851
Konto Deutsche Bank Coburg Nr. 85 44447

Lesen Sie schon den
ANZEIGER DER NOTVERWALTUNG DES DEUTSCHEN OSTENS?
GOG Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter.

DEUTSCHLAND! DREIGETEILT? NIEMALS! Ohne Völkerrecht kein Friede auf der Welt. Wir fordern das Völkerrecht auch für das DEUTSCHE VOLK!
Die NOTVERWALTUNG DES DEUTSCHEN OSTENS gibt hierüber Auskunft mit ihren verschiedenen Publikationen: ...

DEUTSCHLAND ist größer als die Bundesrepublik